

19.09.2019

Friday for Future: FREIE WÄHLER fordern eine klare Abgrenzung vom Ökoterrorismus

Im Vorfeld der morgigen Großdemonstrationen der „Friday for Future“ Bewegung irritiert eine der Hauptorganisatorinnen mit einem Aufruf zu strafbaren Handlungen. Die von Frau Neubauer geforderte Blockierung von Brücken und Flughäfen erfolgte im Namen von Extinction Rebellion, einer Organisation, welche bewusst zu illegalen Aktionen aufruft.

Gregor Voht, stellvertretender Bundesvorsitzender der FREIEN WÄHLER, fordert daher eine klare Abgrenzung von illegalen Handlungen: „Mit dem Aufruf zur Unterstützung der Aktionen von Extinction Rebellion hat Frau Neubauer Friday for Future einen Bärendienst erwiesen. Die breite gesellschaftliche Akzeptanz für das Thema Klimaschutz wird durch diese radikalen Aktionen verspielt. Hier braucht es eine klare Abgrenzung, da sonst die Gefahr besteht, dass die Bewegung gekapert wird. Insbesondere muss es verhindert werden, dass Kinder und Jugendliche zu illegalen Aktionen angestiftet werden.“

Die gesellschaftliche Aufmerksamkeit für die Folgen des Klimawandels ist nach den erfolgreichen Protesten der engagierten Jugendlichen stark gestiegen. Statt auf strafbare Handlungen gegen sensible Infrastruktur zu setzen, müssten nun konstruktive Maßnahmen umgesetzt werden.

„Im Gegensatz zu Extinction Rebellion, welche aus „strategischen Entscheidungen“ keine eigenen Lösungsansätze präsentieren möchte, arbeiten die FREIEN WÄHLER seit Jahren an praktischen Lösungen für die Herausforderungen des Klimawandels. Nur durch konkrete mehrheitsfähige Maßnahmen von der Förderung von alternativen Antrieben für Fahrzeuge, über eine ökologischere bäuerliche Landwirtschaft bis hin zum dezentralen Ausbau der Erneuerbaren Energien, lässt sich der Klimawandel gesellschaftsverträglich abwenden. Selbst Greta Thunberg betont „all changes must come from democracy, equal rights, nonviolence and peace“. Hieran sollte sich auch eine Frau Neubauer halten, so **Voht** weiter.